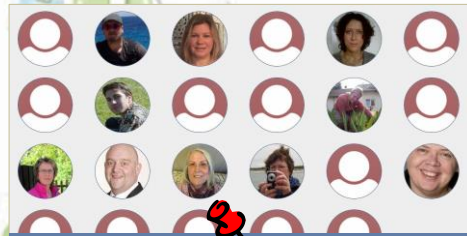


Bürgergutachten

zur Agenda für eine integrierte Umweltpolitik des BMUB



Bundesweiter Online-Dialog



Hannover



Berlin

Düsseldorf



Leipzig



Freiburg



München

„Ein herzlicher Dank an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerdialogs. Mit Ihrer investierten Zeit, Ihren wertvollen Beiträgen sowie der Erarbeitung konkreter Vorschläge, haben Sie sehr zum Erfolg dieses Beteiligungsprozesses beigetragen.“

Impressum

Im Auftrag des:

Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Stresemannstr. 128-130
10117 Berlin

Bürgerräte und Bürgerumweltforen:



Schäfer&Breuss GbR
Kreftingstr. 7
D-28203 Bremen
www.schaeferbreuss.org

Nonno Breuss
(nonno.breuss@schaeferbreuss.org)
Dorothee Schäfer
(dorothee.schaefer@schaeferbreuss.org)

Moderation der Bürgerräte:

Dorothee Schäfer (Alle)
Nonno Breuss (Alle)
Dr. Rita Trattnigg (Leipzig, München)
Dr. Kerstin Arbter (Düsseldorf,
Hannover)
Michael Lederer (Freiburg)
Bettina Hellein (Jugendrat Berlin)

Online-Rat und Online-Umweltforum:



Zebra log GmbH & Co. KG
Chausseestr. 8
10115 Berlin
www.zebralog.de

Julia Fielitz
(fielitz@zebralog.de)

Moderation des Online-Dialogs

Julia Fielitz
Christina Rucker
Petra Schröter

Die Langfassung des Bürgergutachtens finden Sie unter www.bumb.bund.de

Inhaltsverzeichnis

1	Der Beteiligungsprozess	1
1.1	Ziel	1
1.2	Was wurde gemacht?.....	1
1.3	Wer hat teilgenommen?.....	1
2	Bürgerbotschaften zu übergreifenden Maßnahmen des Wandels	3
3	Bürgerbotschaften zu umweltverträglich Wirtschaften, Energie- und Ressourcenwende	4
4	Bürgerbotschaften zu zukunftsfähiger Landwirtschaft, intakter Natur	5
5	Bürgerbotschaften zu nachhaltiger Mobilität, lebenswerten Städten	7
6	Bürgerbotschaften zu gesunden Lebensbedingungen	8
7	Bürgerbotschaften zur internationalen Dimension der Umweltpolitik	10
8	Anhang	11

1 Der Beteiligungsprozess

1.1 Ziel

Parallel zur Erarbeitung der Agenda für eine integrierte Umweltpolitik wurde ein Bürgerdialog durchgeführt. Ziel war es, die lebensweltliche Perspektive der Bürger/-innen zu relevanten Umweltfragen einzuholen, um diese in Form von Vorschlägen in die Agenda einfließen zu lassen.

1.2 Was wurde gemacht?

A) In sechs Städten (Leipzig, Düsseldorf, Freiburg, München, Hannover und Berlin) wurden Bürgerräte durchgeführt. Ein Bürgerrat bestand aus jeweils zwei Veranstaltungen:

- Bürgerrat: eine 1,5-tägige nicht öffentliche Veranstaltung mit 12-16 zufällig ausgewählten Teilnehmer/-innen, die intensiv folgende Frage diskutierten: „Ökologisch zukunftsfähig: Wie wollen wir 2030 leben, wirtschaften und arbeiten? Wie gelingt uns gemeinsam der Weg dorthin?“. In Berlin wurde ein Bürgerrat ausschließlich mit Jugendlichen durchgeführt.
- Bürgerumweltforum: eine zeitnah an den Bürgerrat anschließende, dreistündige Veranstaltung, zu der breit eingeladen wurde und an der jeweils ca. 80 Personen teilnahmen. Hier wurden die – von den Bürgerräten selbst präsentierten – Ergebnisse diskutiert.

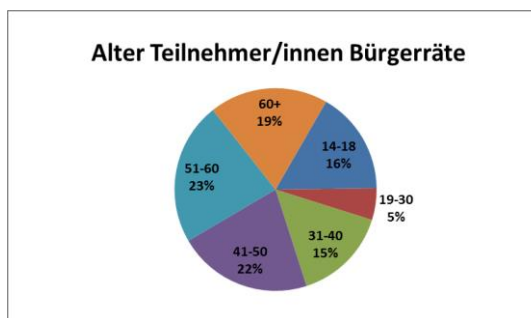
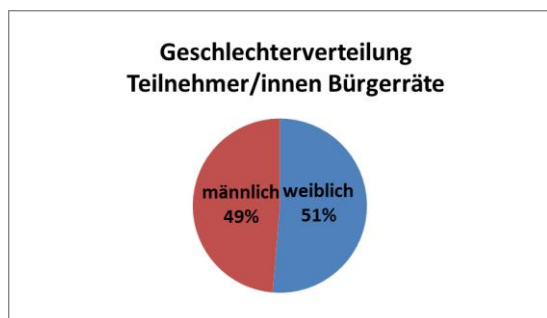
Bei der Anzahl der Teilnehmer/-innen für die Bürgerräte ging es nicht darum, statistische Aussagefähigkeit zu erlangen. Ziel war es, durch eine zufällige Repräsentanz möglichst heterogene Gruppen zusammen zu stellen, u.a. mit Teilnehmer/-innen, die sich bisher noch nicht mit dem Thema beschäftigt hatten. Eine überschaubare Gruppengröße (ca. 14 Personen) ist notwendig, um bei komplexen Themen eine intensive Diskussion zu ermöglichen. Für die breite Diskussion wurden wenige Tage nach einem Bürgerrat jeweils Bürgerumweltforen veranstaltet.

B) Neben den sechs Bürgerräten und -foren wurde ein zweiteiliger Online-Dialog durchgeführt. Dieser bestand aus einem geschlossenen Online-Rat mit 25 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern und einem anschließenden öffentlichen Online-Forum mit über 1.000 Beiträgen.

1.3 Wer hat teilgenommen?

Bürgerräte und Online-Rat

Insgesamt haben 79 Bürger/-innen an sechs Bürgerräten vor Ort teilgenommen. Es wurden pro Standort ca. 1.300 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger angeschrieben. Durchschnittlich meldeten sich 47 Personen zurück. Unter den Bürger/-innen, die sich für eine Teilnahme am Bürgerrat interessierten gab es eine erneute Zufallsauswahl, von 16 Personen, wobei Alterskategorien, Geschlecht, und soziokulturellen Faktoren berücksichtigt wurden. Beim Jugendrat wurde analog vorgegangen. Hier meldeten sich 250 Interessierte zurück. Die Jugendlichen waren zwischen 14 und 18 Jahren alt.



Geschlechtsverteilung und Altersstruktur der Bürgerräte

Bürgerumweltforen

Insgesamt haben 489 Bürger/-innen an sechs Bürgerumweltforen teilgenommen.

BUF	Leipzig 25.01.16	Düsseldorf 22.02.16	Freiburg 07.03.16	München 21.03.16	Hannover 13.04.16	Berlin 20.04.16
teilgenommen	94	82	58	128	75	52

Anzahl der Teilnehmer/-innen der Bürgerumweltforen

Während in den Bürgerräten zufällig ausgewählte Menschen – die nicht nur durch ihre unterschiedlichen Altersklassen die Vielfalt der Bevölkerung deutlich machten – zusammenkamen, setzten sich die Teilnehmer/-innen der öffentlichen Bürgerumweltforen meist aus umweltaffineren Menschen zusammen (u.a. aus Umweltinitiativen und Verbänden). Daher gehen die Ideen und Empfehlungen aus den Bürgerumweltforen zum Teil über das hinaus, was in den Bürgerräten angesprochen wurde.

Online-Dialog

Von den im Online-Rat 30 registrierten Personen (15 Männer / 15 Frauen), brachten sich 25 Teilnehmende über den Zeitraum von zwei Wochen aktiv in die Diskussion ein. Die Teilnehmenden hatten online die Gelegenheit, sich gegenseitig vorzustellen und innerhalb von Telefonkonferenzen, auch während des Prozesses, persönlich ins Gespräch zu kommen. Die Beteiligung im darauf folgenden Online-Umweltforum war als Gast oder als registrierte Person möglich.

Registrierte Teilnehmende	Eindeutige Besucher/- innen	Besuche auf Plattform vom 24.2.-21.4.	Beiträge gesamt	Beiträge registrierter Personen	Beiträge von Gästen
324	3169	4792	1019	464	555

Online-Umweltforum: Teilnehmer/-innen und Beiträge

2 **Bürgerbotschaften zu übergreifenden Maßnahmen des Wandels**

Breit getragene¹ Botschaften mit hoher Priorität:

1. **Transparenz erhöhen**

„Wir fordern mehr Transparenz für die Bevölkerung bei allen umweltpolitischen Themen.“

Die Bürger/-innen fordern vollständige Transparenz über **Lobbyarbeit** und ehrliche und verständliche **Studien** über die Auswirkungen alternativer Energien und praktikable **Ökobilanzen**. Sie betonen, dass Transparenz eine Bring- und Holschuld ist und sehen es als konkrete Herausforderung, dass durch Transparenz auch die Komplexität steigt. Praxisnahe Aufbereitung bedeutet für sie z.B. konkret: Ausweisung der CO₂-Bilanz auf jedem Kassenzettel.

2. **Bürgerbeteiligung stärken**

„Wir möchten, dass die Bürger/-innen in wesentlichen Fragestellungen aktiv und im Vorfeld durch Bürgerräte und eine objektive Informationspolitik beteiligt werden.“

Wichtig ist den Bürger/-innen, dass Politik und Verwaltung vorab **ungefilterte Informationen** und Forschungsergebnisse bereitstellen, **neue Wege** beschreiten und **Rückmeldung** zu den Ergebnissen geben. Sie stellten fest, dass der Bürgerrat es insbesondere ermöglicht, in die Tiefe zu gehen und dass die Zufallsauswahl eine vielfältige Beteiligung sichert.

3. **Umfassendere Bildung und Information**

„Wir empfehlen eine umfassendere Bildung (Fakten UND Erfahrung), damit der ökologische Wertewandel besser gelingen kann!“

Wichtig ist den Bürger/-innen nicht nur umweltbewusstes Verhalten im Rahmenlehrplan zu integrieren, sondern Bildung generell **umfassender** zu begreifen, mit weniger Leistungsdruck, mehr Zeit, lobby-unabhängigen Infos und **neuen Lernformen**, welche alle Sinne einbeziehen. Das Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist weiterzuverfolgen.

4. **Ins Handeln kommen**

Die Bürger/-innen empfehlen, bei der **intrinsischen Motivation** anzusetzen und **Umweltunternehmertum** zu fördern (z.B. Finanzierung erleichtern). Lernprozesse würden durch eine Kultur des Scheiterns gefördert. Hilfreich wäre auch, viele verschiedene Ansätze zu verfolgen und über Vorbilder und **Positivbeispiele** zu arbeiten. Durch sich **selbsterneuernde Standards** kann (wie in Japan; „Top Runner-Ansatz“) die jeweils umweltverträglichste Technologie automatisch nach einer Übergangsfrist als verbindlicher Mindeststandard festgeschrieben werden.

¹ Aufgenommen wurden nur Botschaften die **unabhängig voneinander in mindestens drei Bürgerräten** formuliert wurden oder welche auf den Bürgerumweltforen nachweislich stark bekräftigt wurden. Details können auch jeweils nur aus einem Bürgerrat oder aus dem Online-Rat und Onlineforum stammen.

5. Weitere wichtige Themen

Unabhängige Ethik-Kommissionen einrichten und Grundrechte ausdehnen (kontrovers), Politiker/-innen als positive Vorbilder (Verknüpfung Pension und Auswirkung politischen Handelns), Langfristplan für sozialverträglichen Strukturwandel, Gleichberechtigung und Chancengleichheit, selbst Eigenverantwortung übernehmen, das Gemeinsame stärken, mehr Zeit für Entwicklung der Persönlichkeit und der Gesellschaft, angstfreies Leben als Schlüssel, Schaffung von Räumen für Austausch und neue Formen des Zusammenlebens.

3 Bürgerbotschaften zu umwelt- und klimaverträglich Wirtschaften, Energie- und Ressourcenwende

Breit getragene Botschaften mit hoher Priorität:

1. Kostenwahrheit und Verursacherprinzip durchsetzen

Dies fordern 2/3 aller Bürgerräte sowie die Teilnehmenden des Online-Dialogs nachdrücklich. Dies gelte auch für die Kosten der Abschaltung von AKWs sowie für den Flugverkehr. Es ist ebenfalls wichtig, die EEG-Steuer ausnahmen zu reduzieren.

2. Energieeinsparung forcieren

Als konkrete Beispiele nannten die Teilnehmenden u.a.: das Wissen über den Energieverbrauch in eigener Wohnung erleichtern, Heiz- und Mietkosten trennen, unnötige Elektrogeräte besteuern, Kosten für Energienovierung bei Vermieter/-innen und Energiebilanzstandards für Produktzulassungen.

3. Lebensdauer der Produkte verlängern

Konkrete Ansatzpunkte sehen die Bürger/-innen bei der Ausdehnung der **Gewährleistungsdauer**, der Nachhaltigkeit von Produktdesigns, einer Kontrolle hinsichtlich **geplanter Obsoleszenz** und der Idee, **Mindesthaltbarkeitsgrenzen** einführen. Dabei gilt es immer, den gesamten Stoffkreislauf bzw. die Produktionskette zu betrachten.

4. Recycling, Upcycling verstärken und Plastikmüll vermeiden

„Wir brauchen mehr Recycling, Upcycling und Vermeidung von Plastikmüll!“

Eines der am meisten diskutierten Themen. Neben einer **Preiserhöhung bei Plastiktüten** schlagen die Bürger/-innen u.a. die Förderung innovativer Recyclingtechnologien, **Bilder** drastischer Auswirkungen des Plastiks auf Tüten, Vermeidung unnötiger Verpackungen, Supermärkte ganz ohne Plastikverpackungen, **recyclingfähige Produktion**, sowie mehr zentrale **Abgabestationen** vor und appellieren daran, bei sich selbst anzufangen.

5. Produktkennzeichnung verbessern

Eine der am stärksten bekräftigten Forderungen. Wichtig sind aus Bürgersicht eine ehrliche und **umfassendere Produktinfo** (z.B. Angabe zu Herkunft, Hersteller, CO₂-Verbrauch, Düngungsmiteleinsetz, Inhaltsstoffe prozentual, Haltbarkeit, Recyclingfähigkeit ggf. über QR-Code), ein einfaches Ampelsystem und die ökologische Zertifizierung von Rohstoffen.

6. Dezentrale Energieerzeugung und Ausbau Erneuerbarer Energien (kontrovers)

Das Thema wurde kontrovers diskutiert. Hauptargumente der Dezentralisierung sind die Nutzung regionaler Kapazitäten sowie die Verminderung von überregionalen Transporten, Speicherbedarf und Importabhängigkeit. Während im Online-Rat die Forderung nach dem **Ausbau erneuerbarer Energien** geäußert wurde, sprach sich das Online-Umweltforum **gegen** den Ausbau von **Windkraftanlagen** (WKA) aus. Hauptargumente waren dabei der Tier-, Natur- bzw. Kulturlandschaftsschutz, gesundheitliche Risiken, fehlende Speicherkapazitäten sowie Zweifel an der Effizienz von WKA.

7. Weitere wichtige Themen

Im Vergleich zu den per Zufallsauswahl rekrutierten Bürgerräten wurde im Rahmen der öffentlichen Bürgerumweltforen häufiger die Gesamtreform des Wirtschaftssystems thematisiert: konkret der Konflikt Kapitalismus/Wachstum und Ökologie, Postwachstum und Pflichten von Großkonzernen. Zum Bereich Energie fordern die Bürger/-innen hier weniger Ausnahmen für Industrie bei EEG-Umlage und CO₂-Zertifikaten sowie ein Fracking-Verbot.

4 Bürgerbotschaften zu zukunftsfähiger Landwirtschaft, intakter Natur

Breit getragene Botschaften mit hoher Priorität:

1. Artgerechte Tierhaltung und Ausstieg aus der Massentierhaltung **(online sehr kontrovers)**

„Wir wollen eine couragierte Durchsetzung von artgerechter Tierhaltung und einen Ausstieg aus der Massentierhaltung!“

Mit einer Ausnahme fordern **alle** Bürgerräte sowie der Online-Rat die Abschaffung von Massentierhaltung. Die Forderung wurde in den Bürgerumweltforen mit Abstand **am stärksten bekräftigt**. Als Lösungsschritte möchten die Bürger/-innen die **Subventionen** für Massentierhaltung reduzieren, ein Verbot systematischer **Medikamenteneinsätze** als Masthilfe, die Verschärfung gesetzlicher Vorschriften z.B. zum Platzangebot pro Tier, bessere **Kontrolle**, Förderung kleinteiliger Landwirtschaft. Die **EU-Tabakkampagne** wurde hier als Vorbild genannt. Hauptargumente sind die Reduktion **Tierqual**, Vorteile für **Gesundheit**, weniger **Rückstände**, geringerer Verbrauch von Futtermitteln, Energie und Wasser, sowie die Schaffung bzw. der Erhalt von **Arbeitsplätze**. Als

Herausforderung wurde identifiziert, dass es wichtig ist, dass sich auch **einkommensschwache** Menschen hochwertige Lebensmittel leisten können. Diese Forderungen wurden im Online-Umweltforum **deutlich kritisiert**. Einfluss auf die Diskussion hatte, dass viele Teilnehmende aus dem landwirtschaftlichen Bereich stammten, einerseits Fachwissen einbrachten und sich andererseits auch emotional betroffen zeigten. Kritisiert wurde fehlende Fachkenntnis zur tiergerechten Haltung. Massentierhaltung sei **kein definierter Begriff**. Das **Tierwohl** sei in modernen Stallungen meist besser als in alten. Antibiotikaresistenzen gingen in erster Linie auf die Humanmedizin zurück. Eine Ausweitung von Auflagen würde dazu führen, dass weitere Kleinbetriebe schließen müssten und die Produktion ins Ausland verlagert würde, wo es geringere Standards gäbe. Kund/-innen hätten durch ihre **Kaufentscheidung** die Möglichkeit, den Markt zu beeinflussen – die wenigsten würden jedoch teures Fleisch kaufen. Die Landwirt/-innen wünschen sich mehr **Wertschätzung** für die Arbeit und **faire Preise** für ihre Produkte.

2. Transparenz und unabhängige Aufklärung zur konventionellen Landwirtschaft

Auch um den Wert von Nahrungsmitteln zu vermitteln und über gesundheitliche Auswirkungen aufzuklären, schlagen die Bürger/-innen **Plakatkampagnen** und eine bessere Aufklärung in **Schulen** über die konventionelle Landwirtschaft vor. Im Online-Umweltforum wird eine lobby-unabhängige Aufklärung der Öffentlichkeit über die Landwirtschaft gefordert.

3. Regionalität fördern

Hierzu formulierten die Bürger/innen klare Maßnahmenvorschläge: **Stopp EU-weiter Transporte** zur Subventionsgewinnung, **Stärkung regionaler Produkte** und Nutzergemeinschaften, regionales Obst/Gemüse, **keine importierten Futtermittel**, Produktion an inländischen Bedarf anpassen (Überproduktion reduzieren), **Exportverbot von Überschüssen**.

Im Online-Umweltforum wurde darauf hingewiesen, dass kleine Schlachthöfe aufgrund höherer Hygienestandards geschlossen werden mussten, was zu einer Erhöhung der Transportdistanzen geführt habe. Eine **Überregulierung** ginge zu Lasten der kleinräumigen Landwirtschaft.

4. Produktkennzeichnungen von Lebensmitteln erweitern

Mehrere Bürgerräte und -umweltforen fordern unabhängig voneinander, Kennzeichnungen mit **Fotos zur Haltungsform** (inkl. Bilder von Massentierhaltung) auf Verpackungen aufzubringen, eine **CO2-Ampel** einzuführen und die **Herkunft der Inhaltsstoffe** sowie Genmanipulation zu kennzeichnen.

5. Bio-Label: Glaubwürdigkeit sichern und vereinheitlichen

„Wir möchten Vertrauen in gesunde Lebensmittel haben!“

Auch dieser Vorschlag wurde vielfach formuliert. Es ist den Bürger/-innen wichtig, die Zahl der Labels zu reduzieren, Zertifikate zu **vereinheitlichen**, bei der **Ökobilanz** auch Herkunft, Transport und Verpackung zu berücksichtigen, durch strenge **Kontrollen** die Eigenschaften zu 100% zuzusichern und bei Verstößen Zertifikate zu entziehen.

6. Kontrollinstanzen stärken (bei Landwirtschaft online kontrovers)

Als Beispiele bestehender Mängel nannten die Bürger/-innen Gammelfleisch, Fischereipraxis, Abwässer von Zahnärzten. Gefordert wird bei der Kontrolle auch eine **grenzüberschreitende Zusammenarbeit**. Der Jugendrat fordert zudem Kontrollen bei der Großwildjagd.

Im Online-Umweltforum wurde darauf hingewiesen, dass die Kontrollen in Deutschland bereits sehr streng seien. Im Online-Umweltforum wurde ebenfalls angemerkt, dass viele **Lebensmittelskandale** nicht auf die landwirtschaftlichen Erzeuger, sondern auf die **weiterverarbeitenden Betriebe** zurück gingen (Gammelfleisch).

7. Artenvielfalt/Schutz von Insekten (insbesondere Bienen)

Der Schutz von Insekten (insbesondere Bienen) hatte im Online-Dialog eine hohe Priorität. Es wurden unterschiedliche Meinungen geäußert, ob Insektizide und / oder die Varroa-Milbe für das **Bienensterben** verantwortlich sind. Empfehlung für Insektenschutz: **mehr heimische Pflanzen** auf öffentlichen Flächen und als Angebot in Baumärkten. Die Bürgerräte sprechen sich für mehr **Grünflächen** und **Bienenstöcke** auf den Dächern der Stadt aus.

Flächenversiegelung sollte reduziert werden, z.B. durch weniger neue Straßen und Baugebiete außerhalb von Ortschaften, stattdessen Verdichtung in Städten und mehrstöckige Gebäude.

5 Bürgerbotschaften zu nachhaltiger Mobilität, lebenswerten Städten

Breit getragene Forderungen mit hoher Priorität:

1. Weniger Individualverkehr mit Verbrennungsmotoren – abgasfreie Großstädte bis 2030

Beginnend in **Innenstädten** gilt es, **Raum für Straßenverkehr** sinnvoll zu **reduzieren** und dabei durch Zeitzone für Lieferverkehr Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Um die Verkehrswende zu schaffen, fordern die Bürger/-innen neben dem Ausbau von **Carsharing** konkrete positive Anreize (Steuern/Prämien) sowie die **Verteuerung des Güterverkehrs** im Vergleich zur Schiene. Für Mietwohnungen sollen **Parkplätze nicht mehr obligatorisch** sein. Die Forderungen der Teilnehmer/-innen eines Bürgerrates gehen noch weiter: sie sprechen sich bereits für 2025 oder spätestens **2035 gegen Verbrennungsmotoren** auf der Straße aus. Das erste Auto solle freie Wahl sein, das zweite verpflichtend ein **Elektroauto, Tempolimit 130** auf den Autobahnen und **Tempo 30** in sensiblen Wohngebieten. Kontrovers diskutiert wurde eine Obergrenze für den Autobesitz je Familie.

2. ÖPNV und Fahrrad stärken!

Kaum ein zweites Thema wurde so intensiv diskutiert und in kaum einem Anliegen sind sich alle Bürger/-innen so einig. ÖPNV soll **zuverlässig, flächendeckend**, in **hoher Frequenz** und **preiswert** (günstig oder kostenlos) angeboten werden. Dafür halten Bürger/-innen eine **deutliche Budgetumschichtung** von Autoinfrastruktur auf ÖPNV und die konsequente Förderung des Radverkehrs (Fahrbahnen, Leihsysteme u.a.) für wesentlich. Als Vorbilder werden z.B. der Schwarzwald und München genannt.

Neben diesem breiten Konsens wurden auch **unkonventionellere** Ideen, kontroverse Vorschläge und Visionen diskutiert, z.B. der Vorschlag zum **verpflichtenden Kauf eines ÖPNV-Jahrestickets** mit sozialverträglicher Staffelung und die Einführung eines **autofreien Sonntages** bei gleichzeitiger Freifahrt mit ÖPNV. Die Teilnehmer/-innen eines Bürgerrates blickten bewusst in die Zukunft und schlugen eine Machbarkeitsstudie zu **Innenstädten ohne Privatautos** vor, dafür mit kleineren, flexibleren ÖPNV-Einheiten (z.B. als Kabinenrollsystem u.a.).

3. Kostenwahrheit im Verkehr (inkl. Flugverkehr)

Mit breitem Konsens fordern die Bürger/-innen, versteckte Subventionen **auf die Preise umzulegen** (ökologische Kosten, Unfallkosten, Luftverschmutzung, Infrastruktur) und damit z.B. Flüge zu verteuern. Die Einnahmen sollen für den **Aufbau alternativer Infrastruktur** genutzt werden.

4. Elektromobilität

Um Elektromobilität für die breite Masse attraktiver zu gestalten, wurde eine stärkere Förderung vorgeschlagen, z.B. durch **mehr E-Tankstellen** an Laternen und konkrete **Infrastrukturvorteile** wie gesonderte Fahrspuren und Gratis-Parkplätze. Einig sind die Bürger/-innen darüber, dass die Energie aus Erneuerbaren stammen muss. Um Black-Outs zu vermeiden, wird ein **schrittweiser Übergang** empfohlen. Im Online-Dialog wurde kontrovers über Subventionen beim Kauf von Elektrofahrzeugen diskutiert. Gegner wiesen darauf hin, dass die E-Fahrzeuge aufgrund der Speicher sehr ressourcenintensiv und deshalb nicht umweltfreundlich seien. Geregelt werden muss das Recycling der Akkus.

5. Leerstand für bezahlbaren Wohnraum nutzen

Vor allem dem Jugendrat ist es ein Anliegen, leerstehende Grundstücke und Gebäude stärker für bezahlbare Wohnungen zu nutzen. Ein weiterer Bürgerrat fordert, konkrete Wiedernutzungsfristen für ungenutzte Privatimmobilien zu setzen.

6 **Bürgerbotschaften zu gesunden Lebensbedingungen**

Breit getragene Forderungen mit hoher Priorität:

1. **Sauberes Wasser**

„Wir wünschen uns für 2030 sauberes Wasser: qualitativ hochwertiges Trinkwasser, saubere Flüsse und Seen, sauberes Grundwasser!“

Um dies sicherzustellen, fordern die Bürger/-innen größere **Transparenz** (ob z.B. auch Medikamentenrückstände gemessen werden), gesetzliche Bestimmungen zur Nutzung von Grundwasser, **Reduzierung von Spritzmitteln** wie Glyphosat und von Güllemitteln, ein Verbot von giftigen und verdächtigen Pestiziden, Einsparungen in der Industrie, den Einsatz wassersparender Technologie sowie wissenschaftliche Forschung zur „**Wasserenergetisierung**“.

2. **Fracking verbieten**

Bürger/-innen sprechen sprachen sich im Online-Dialog klar gegen Fracking aus, da diese Technologie nur kurzfristige Energieengpässe beseitige, aber zu **langfristigen Umwelt- und Gesundheitsschäden** führe.

Anmerkung: Die in Expertendiskursen häufiger thematisierten Problemfelder Lärm, radonsicheres Bauen, nicht-ionisierende Strahlen wurden von den Bürger/-innen nicht thematisiert. Auch die gesundheitlichen Folgen der Verunreinigung der Luft mit Feinstaub, Ozon und Stickstoffverbindungen, vielfach als Hauptursache für Gesundheits- und Umweltschäden ausgewiesen, stand für die Teilnehmenden nicht im Vordergrund. Forderungen im Mobilitätsbereich wurden eher im Kontext der CO₂-Reduktion diskutiert.

7 Bürgerbotschaften zur internationalen Dimension der Umweltpolitik

„Wir sprechen uns dafür aus, dass Deutschland andere Staaten dabei unterstützt, hohe Umweltstandards zu erreichen und nicht die niedrigeren Umwelt-Standards in anderen Ländern dafür nutzt, um sich ökonomische Vorteile zu verschaffen!“

Als Herausforderung hielten die Bürger/-innen fest: Medien verzerren unser Bild von Entwicklungsländern und der Klimawandel trifft diese stärker. Entwicklungsländer befinden sich in einer schwachen Verhandlungsposition gegenüber Konzernen/Industrieländern und häufig stehen andere Probleme im Vordergrund. Dennoch werden die folgenden Maßnahmen auch zur Stabilisierung von Entwicklungsländern als hilfreich erachtet.

Breit getragene Forderungen mit hoher Priorität:

1. Handelsbedingungen reformieren/Transparenz bei internationalen Vereinbarungen

Als wesentlich betrachten die Bürger/-innen: **Subventionen von Lebensmittelexporten** stufenweise abzubauen, **Einfuhrverbote** zu verhängen, wenn Produkte nachweislich gesundheitsschädlich, umweltschädlich oder in Zusammenhang mit Kinderarbeit hergestellt worden sind, die Anpassung von Handelsabkommen, den **Fairen Handel** auszubauen, kein Papier und keine Möbel aus Tropenholz . In einem Bürgerrat wurde diskutiert, dass Entwicklungsländer die Wahl haben sollten, in welcher Währung Rohstoff-Exporte bezahlt werden. Auch die **Zertifizierung** für umweltverträgliche Import-Rohstoffe, sowie die höhere **Besteuerung** nicht umweltverträglicher Importe wird gefordert. Der Online-Dialog spricht sich **gegen TTIP und CETA** aus. Die Politik muss der Wirtschaft klare Vorgaben machen. In Sachen Umwelt- und Verbraucherschutz müsse Deutschland weltweit eine Vorbildfunktion einnehmen.

2. Entwicklungszusammenarbeit/Technologietransfer ausbauen

Es gilt, Herkunftsländer bei Umstellung der Produktionsmethoden zu unterstützen. Ziel ist, neben ökologischer Kriterien, auch die **Erhöhung regionaler Wertschöpfung**. Wo durch die oben beschriebenen Maßnahmen bezahlte **Kinderarbeit** wegfällt, sollen Familien in ihrer **Existenzsicherung** unterstützt werden. Zentral für Bürger/-innen ist auch Umweltbildung zu **Best-Practise**, Unterstützung bei der Bewältigung von Folgen des Klimawandels, Technologietransfer und eine intensivere **Kooperation bei der Ausbildung** (z.B. Studentenaustausch mit afrikanischen Universitäten), die Stärkung von Kontrollen und höhere Preise für faire Produkte.

3. In respektvoller Haltung

Die Bürger/-innen wünschen sich, dass diese Maßnahmen vom Respekt vor lokalen Gegebenheiten sowie von der Akzeptanz für Entscheidungen von regionalen Handelspartnern und dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe getragen werden. Sie appellieren dafür, den Begriff „Entwicklungsland“ zu überdenken und stattdessen eine Partnerschaft auf Augenhöhe anzustreben.

8 Anhang: Rückmeldungen bei den Bürgerumweltforen

Im Rahmen öffentlicher Bürgerumweltforen wurden die Ergebnisse vorgestellt und mit einer breiten Öffentlichkeit diskutiert. An den sechs Veranstaltungen nahmen rund 500 Personen teil.

In Kleingruppendiskussionen wurden insgesamt 296 Bekräftigungen zu den Forderungen aus den Bürgerräten formuliert.

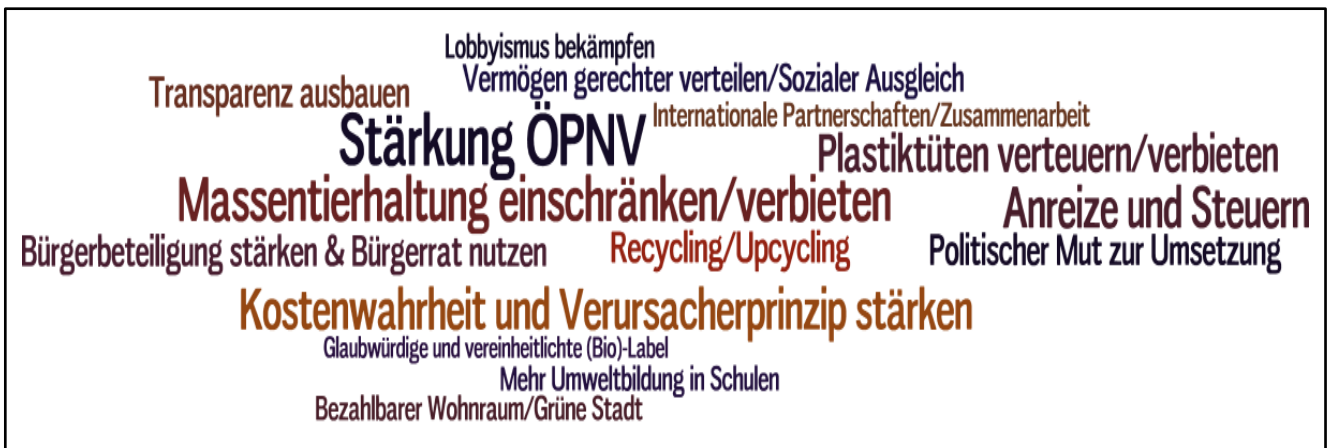
Folgende Themen wurden nach der Vorstellung der Ergebnisse der Bürgerräte bei den öffentlichen Bürgerumweltforen hauptsächlich aufgegriffen (je größer, desto häufiger):

Abbildung 1: Welche Themen wurden am meisten diskutiert?



Daten: Thematische Gliederung der rund 296 Bekräftigungen. Textgröße spiegelt Häufigkeit der Nennung wider. Detaildaten in der Langfassung des Bürgergutachtens.

Abbildung 2: Welche inhaltlichen Botschaften wurden am stärksten bekräftigt?



Daten: Antworten auf die Frage „Was spricht Sie besonders an, was soll bekräftigt werden?“. Nur Botschaften mit mindestens 7 Bekräftigungen werden dargestellt. Textgröße spiegelt Häufigkeit der Nennung wider. Detaildaten in der Langfassung des Bürgergutachtens.

